

Anfragen zum Plenum in der 15. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, waren der BayernLB bzw. der LBLux die unternehmerischen Ziele der Briefkastenfirmen jeweils bekannt und falls ja, wie viele Briefkastenfirmen wurden zu welchen jeweiligen Zwecken gegründet (bitte aufschlüsseln nach Steuervermeidung, kriminelle Steuerhinterziehung, Abwicklung krimineller Geschäfte, Geldwäsche, sonstige Ziele)?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem bei den Kommunalwahlen am 16. März 2014 in der Stadt Geiselhöring und im Landkreis Straubing-Bogen manipuliert worden war, frage ich die Staatsregierung, ob sie nicht auch der Meinung ist, dass es zwei Jahre nach dem Wahlbetrug höchste Zeit ist, dass Ermittlungsergebnisse bekannt gegeben werden, wie der Stand von Ermittlungen und Anklageerhebung derzeit ist und welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um künftig ähnliche Wahlmanipulationen mit Erntehelfern zu verhindern?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann verwalteten die BayernLB bzw. die LBLux und ggf. weitere Töchter der BayernLB wie viele Briefkastenfirmen und wurde mit dem Verkauf des Privatkundengeschäfts der LBLux im Jahr 2013 die Verwaltung von Briefkastenfirmen durch die BayernLB bzw. Töchter von ihr komplett beendet?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Asylstreitfälle vor den Verwaltungsgerichten in Bayern vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2016 entwickelt, wie hat sich die Anzahl der zuständigen Richterinnen bzw. Richter in Bayern vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2016 verändert und ist der Staatsregierung ein Vollzugsdefizit bei den Abschiebungen bekannt?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele staatliche Mittel sind im Jahr 2015 insgesamt (über alle Einzelpläne hinweg) an den Bayerischen Bauernverband, den Bayerischen Jagdverband und den Deutschen Tierschutzbund, Landesverband Bayern für welchen Zweck ausgereicht worden?

Florian von Brunn
(SPD)

Bezugnehmend auf einen Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. November 2012 mit dem Titel „Der Unbeugsame“ über

einen Rechtsstreit mit einem Beamten und den Erlass von Gebühren (Umweltprüfungsgebühren von Großbetrieben) durch bayerische Behörden frage ich die Staatsregierung, um welche Fälle es dabei genau geht (mit Nennung des Datums, der Art und Höhe der Gebühren, des jeweiligen Landkreises und Unternehmens), zum Beispiel in dem genannten Fall im Landkreis Bad Kissingen, aufgrund dessen sich Landrat Thomas Bold mündlich sowie schriftlich bei dem damaligen Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder, und der damaligen Staatssekretärin für Umwelt und Gesundheit, Melanie Huml, beschwert hat, seit welchem Datum diese Praxis dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz bekannt ist und welche Umweltminister über diesen Sachverhalt informiert wurden?

Kerstin Celina
(GRU)

Angesichts der aktuellen Medienberichte über freiheitsbeschränkende Maßnahmen in Wohnheimen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und der Einbestellung der zuständigen Aufsichtsbehörden durch die Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Emilia Müller, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr bzw. den zuständigen Aufsichtsbehörden über Umfang und Begründung von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und heilpädagogischen Wohnheimen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung vorliegen und wie sie zukünftig zu einer besseren Kontrolle und effektiven Beschränkung von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in den genannten Einrichtungen gelangen will?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, über etwa wie viele Unternehmen, die auch als potenzielle Mitglieder des bundesweiten Bündnisses für nachhaltige Textilien infrage kommen, die Textilbranche in Bayern nach dem Kenntnisstand der Staatsregierung verfügt?

Martina Fehlner
(SPD)

Angesichts der Aussage des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in der Plenarsitzung am 7. April 2016: „Die Kernaufgabe muss im Aufsichtsrat in Luxemburg geleistet werden, es war keine Kernaufgabe Bayerns“, frage ich die Staatsregierung, wie sie den Umfang der Pflichten des Konzernaufsichtsrates bzw. des Konzernaufsichtsratsvorsitzenden der BayernLB im Hinblick auf die Einhaltung der Gesetze sowie der Corporate Governance für die LBLux konkret beschreibt?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler haben in den Schuljahren 2012/2013, 2013/2014 und 2014/2015 erfolgreich den mittleren Schulabschluss an der Realschule in den Wahlpflichtfächergruppen III a (zweite Fremdsprache Französisch) bzw. III b (musisch-gestaltender oder hauswirtschaftlicher oder sozialer Bereich) bestanden (bitte aufschlüsseln nach den Wahlpflichtfächergruppen III a und III b, dem jeweiligen Schuljahr und nach den Regierungsbezirken), welche staatlichen Realschulen erhielten in den Schuljahren 2012/2013, 2013/2014 und 2014/2015 eine Sonder- bzw. Ausnahmegenehmigung des

Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst zur Einrichtung der Wahlpflichtfächergruppe III b aufgrund der Tatsache, dass die erforderliche Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern zur Bildung der Wahlpflichtfächergruppe III a nicht zustande kam (bitte nach Schuljahr aufschlüsseln und dabei die entsprechenden staatlichen Realschulen benennen sowie Regierungsbezirk und Landkreis angeben) und gibt es Planungen der Staatsregierung, die bestehende Kopplung der Wahlpflichtfächergruppe III b an die Wahlpflichtfächergruppe III a bis zum Ende der Legislaturperiode aufzuheben?

Dr. Linus Förster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche weiteren Offshore-Engagements der BayernLB bzw. von Töchtern der BayernLB hat es bislang an welchen internationalen Standorten gegeben bzw. welche Engagements dauern immer noch an?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit plant sie Veranstaltungen zum Bundesverkehrswegeplan 2030 für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Verbänden ggf. unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) nach dem Vorbild anderer Bundesländer, wie beurteilt die Staatsregierung den Umstand, dass im Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030 des BMVI bei zahlreichen Schienenprojekten die Projektdefinition und das Bewertungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, wie sieht das Verfahren, nachdem Vorhaben des potentiellen Bedarfs in den vordringlichen Bedarf (VB) oder weiteren Bedarf (WB) aufsteigen können, konkret aus?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem bei der neuen Autobahnanschlussstelle Aschheim/Ismaning – Bundesautobahn (BAB) 99/Bundesstraße (B) 471 – Lärmschutzeinrichtungen errichtet wurden mit Ausnahme im nordwestlichen Bereich, so dass die dort in der Mühlenstraße (Aschheim) nördlich der BAB 99 wohnenden Eigentümer weiter empfindlich von Lärm geplagt werden, frage ich die Staatsregierung, was der Grund für die dort nicht vorhandenen Lärmschutzeinrichtungen ist, wann mit der Erstellung der entsprechenden Einrichtungen zu rechnen ist und ob nicht in der Zwischenzeit provisorische Lärmschutzeinrichtungen erstellt werden können?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr bekannt ist, in wie vielen Fällen derzeit in Kempten und im Landkreis Oberallgäu in Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern vom Zoll wegen Sozialbetrugs (Verdacht auf Scheinselbständigkeit) ermittelt wird und wie viele Fälle aufgrund welcher Erkenntnisse dann der Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Verfolgung vorgelegt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Einrichtungen)?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass der Staatsminister des Innern, Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, grünes Licht für den dringend nötigen Neubau der Polizeiinspektion (PI) Dachau auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Dachau gegeben hat und auf dem bisherigen PI-Standort an der Dr.-Höfler-

Straße im Anschluss Staatsbedienstetenwohnungen errichtet werden und für den Neubau des Polizeiinspektionsgebäudes in den Entwurf des nächsten Doppelhaushalts entsprechende Mittel eingestellt werden sollen?

Harald Güller
(SPD)

Da das Statistische Bundesamt die aktuelle Verschuldung des Freistaats Bayern veröffentlicht hat, frage ich die Staatsregierung, welche Zahlen hat sie gegenüber den im Staatshaushalt 2015/2016 ausgewiesenen Zahlen (Schuldenstand Kap. 13 06 zum 31. Dezember 2014/31. Dezember 2015: 20,025 Mrd. Euro/19,525 Mrd. Euro, noch nicht valutierte Anschlussfinanzierungen 4,925 Mrd. Euro/4,925 Mrd. Euro; Schuldenstand Kap. 13 60 zum 31. Dezember 2014/31. Dezember 2015: 10,0 Mrd. Euro/9,57 Mrd. Euro) nach Wiesbaden gemeldet hat, aus denen sich die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten ableiten lassen, dass Ende des vierten Quartals 2015 die Kreditmarktschulden samt Kassenkredite des Freistaates Bayern mit 22,629 Mrd. Euro um 9,8 Prozent niedriger als am Jahresende 2014 waren?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Im Hinblick auf die Berichterstattung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 8. April 2016, wonach bei der Staatsanwaltschaft Köln seit einiger Zeit auch ein Verfahren in Sachen BayernLB läuft wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung in zahlreichen Fällen im Zusammenhang mit der LBLux, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr hierzu vorliegen (bitte den jeweiligen Zeitpunkt angeben), auf welche Sachverhalte sich diese Ermittlungen beziehen und welche Schritte seitens der BayernLB bzw. der Staatsregierung zur Unterstützung der Ermittlungen unternommen wurden bzw. werden?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie jemals einen Ausstieg bzw. die Abwicklung des nicht auf dem Bayerischen Stiftungsgesetz basierenden Wittelsbacher Ausgleichsfonds (WAF) geprüft und wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, was gedenkt sie zu tun, um den 33.000 bayerischen Milcherzeugern langfristig sinnvoll zu helfen, angesichts der ruinösen Preispolitik des Lebensmitteleinzelhandels (20 Cent pro Liter/Milch der Molkerei Weihenstephan in einem Rewe-Markt in Schleswig-Holstein), weiterhin sinkender Milchpreise und noch nicht absehbarer Preiswende-Tendenzen nach oben, gibt es Überlegungen zu gezielten, zusätzlichen Vermarktungsmöglichkeiten, eine stärkere Bündelung der Erzeuger und Mengenreduzierung?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylsuchende, Geduldete, Flüchtlinge und Menschen mit Abschiebeschutz sich derzeit jeweils in den Aufnahme- und Rückföhreinrichtungen (ARE) Bamberg und Manching befinden (bitte anhand der jeweiligen Herkunftsländer bzw. Staatsbürgerschaften sortiert angeben), wie viele Asylsuchende, Geduldete, Flüchtlinge und Menschen mit Abschiebeschutz, die nicht aus den Balkanländern stammen (sollten Staatsangehörige anderer Länder in den ARE untergebracht sein, bitte anhand der jeweiligen Staatsangehörigkeit auflisten),

sollen in den kommenden Wochen in den ARE untergebracht werden (bitte den jeweiligen Grund nennen) und welche Veränderungen ergäben sich mit der angedachten Umwandlung der ARE in sogenannte Transferzonen?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem der Freistaat Bayern bereits am 15. Januar 2016 den im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vereinbarten pauschalen monatlichen Betrag von 670 Euro je Person vom Bund erhalten hat, frage ich die Staatsregierung, wann diese Gelder an die Kommunen weitergegeben werden und welche Beträge den kommunalen Ebenen in der Oberpfalz zustehen?

Günther Knoblauch
(SPD)

Da mit dem Pflegestärkungsgesetz II auf Bundesebene beschlossen wurde, dass ambulante Pflegedienste neben körperbezogenen Pflegemaßnahmen künftig auch Hilfen bei der Haushaltsführung und pflegerische Betreuungsmaßnahmen anbieten müssen, frage ich die Staatsregierung, welche Schritte auf Seiten der Staatsregierung geplant sind, die Umsetzung dieser Beschlusslage zu begleiten, welche Kenntnisse die Staatsregierung über den Sachstand der Umsetzung auf Bundesebene hat und wie die Staatsregierung die Gefahr einschätzt, dass diese Dienste nicht flächendeckend angeboten werden (können)?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in den Protokollen welcher Organisations der BayernLB sind welche Inhalte und welche Abstimmungen über die LBLux festgehalten?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass im Rahmen der Förderung der Dorferneuerung der jeweilige Fördersatz anhand der Gesamtkosten errechnet wird, während bei der Städtebauförderung nach deren verschiedenen Programmen eine Förderung anhand der Gesamtkosten abzüglich der Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen errechnet wird, und wenn ja, womit erklärt die Staatsregierung diesen Unterschied bei der Förderung und gibt es hier Reformüberlegungen?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Nachtflüge (aufgeschlüsselt nach planmäßigen und außerplanmäßigen Starts und Landungen nach 22.00 Uhr) fanden in den vergangenen zwölf Monaten am Flughafen Memmigen statt, um welche Flüge handelte es sich (aufgeschlüsselt nach Linienflüge, Privat- und Firmenjets) und welche Genehmigungen lagen vor?

Andreas Lotte
(SPD)

Im Hinblick darauf, dass der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in der Plenarsitzung am 7. April 2016 folgende Aussage getätigt hat: „Dass die Debatte um Briefkastenfirmen nötig ist, ist nicht neu“, frage ich die Staatsregierung, seit wann der Staatsregierung (und hier insbesondere Staatsminister Dr. Markus Söder) bekannt ist, dass eine Debatte um Briefkastenfirmen nötig ist, und welche Schlüsse sie wann aus dieser Erkenntnis gezogen hat?

Jürgen Mistol
(GRU)

Nachdem das Bayerische Rote Kreuz über eine steigende Arbeitsbelastung klagt, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Zahl der Einsätze und die im Einsatz gefahrenen Kilometer (auf-

geschlüsselt nach Regierungsbezirken) von Rettungsdiensten in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat und welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreifen wird, um die Rettungsdienste spürbar zu entlasten, zumal aufgrund der Novellierung des Rettungsdienstgesetzes ab 2024 nur noch hauptamtliche Rettungskräfte mit entsprechender Qualifizierung eingesetzt werden dürfen?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen hat das Urteil des Bundesverwaltungsgericht sin der Sache Industrie- und Handelskammer Koblenz bezüglich Beitragsbescheide für die bayerischen Industrie- und Handelskammern (IHK), geht die Staatsregierung davon aus, dass das Urteil auch auf andere Kammern mit Pflichtmitgliedschaft wie Handwerkskammern zu übertragen ist und in welchen Fällen wurden nach diesem Urteil rechtswidrige Kammerbescheide verschickt?

Verena Osgyan
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Pläne der Staatsregierung, die Architekturfakultät der Hochschule München aus dem Kunstareal im Zentrum der Stadt auf einen Campus in der Lothstraße umzusiedeln, frage ich die Staatsregierung, weshalb die aus einer Expertenkonferenz hervorgegangenen Pläne zur nachhaltigen Modernisierung des bisherigen Gebäudes in der Karlstraße – unter Einbeziehung der Studierenden – nicht berücksichtigt werden, inwiefern die Studierenden in die Umzugspläne einbezogen wurden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ihnen durch den Umzug sowohl ihr gewachsenes kulturelles und architekturgeschichtliches Umfeld als auch studentische Arbeitsplätze (z.B. zur Anfertigung von Modellen) verloren gehen und welche Pläne für die weitere Nutzung des denkmalgeschützten Gebäudes der Architekturschule in der Karlstraße bestehen, das als besonders bedeutender Bau der Nachkriegszeit gilt?

Kathi Petersen
(SPD)

Vor dem Hintergrund der aktuellen BR-Recherchen zum Thema „Crystal Meth“ in Bayern, frage ich die Staatsregierung, wie viele Fälle von Crystal Meth-Konsum im Regierungsbezirk Unterfranken (bitte aufgeteilt nach Landkreisen und kreisfreien Städten) ihr bekannt sind, ob bestimmte Altersgruppen besonders davon betroffen sind und welche spezifischen Beratungs- und Therapiemöglichkeiten es für Crystal Meth-Konsumenten gibt?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Im Hinblick auf folgende Ausführung des Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in der Plenarsitzung am 7. April 2016: „Seit 2009 hat es 20 Einzelabkommen zum Austausch von Steuerinformationen gegeben – die neuesten Abkommen setzen in der Tat neueste Standards –, sodass eine Vielzahl von Staaten, darunter auch die Schweiz, dabei sein wird“, frage ich die Staatsregierung, warum sie erst vor kurzem das dann gescheiterte Steuerabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz vehement unterstützt hat, das genau diesen Austausch nicht bzw. nur in sehr eingeschränkter Form vorsah und ob sie heute diese Unterstützung als Fehler einschätzt?

Doris Rauscher
(SPD)

Da mit dem Pflegestärkungsgesetz II auf Bundesebene beschlossen wurde, dass ambulante Pflegedienste neben körperbezogenen Pflegemaßnahmen künftig auch Hilfen bei der Haushaltsführung und pflegerische Betreuungsmaßnahmen anbieten müssen, frage ich die Staatsregierung, wie dies im Detail praktisch umgesetzt werden soll, ab wann diese Regelung verpflichtend gilt und was denjenigen Anbietern droht, die dieser gesetzlichen Vorgabe nicht nachkommen (können)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Im Hinblick auf die Berichterstattung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 8. April 2016, wonach die Bayerische Landesbank die Panama-Deals ihrer Luxemburger Tochter nicht vor der Veräußerung des Privatkundengeschäfts „durchleuchtet“ hat, frage ich die Staatsregierung, ob dies zutrifft oder aber welche konkreten Maßnahmen zur Überprüfung der Geschäfte vor der Veräußerung stattgefunden haben und wie erklärt die Staatsregierung, dass die BayernLB im Gegensatz zu anderen Landesbanken die Offshore-Geschäfte der LBLux in Panama nicht bei der Kölner Staatsanwaltschaft gemeldet hat?

Florian Ritter
(SPD)

Im Hinblick darauf, dass seit einigen Jahren eine neue Form der Teilnahme an öffentlichen Versammlungen – sogenannte Demonstrationsbeobachter - zu beobachten sind, die ggf. abgesprochen mit dem Veranstalter einer Versammlung und oftmals bekleidet mit auffälligen Warnwesten mit der Aufschrift „Demo(nstrations)beobachter“ und ausgestattet mit Ausweisen für sich einen Sonderstatus innerhalb der Versammlung beanspruchen und insbesondere gegenüber der Polizei Sonderrechte oder Sonderbehandlungen erwarten, polizeiliches Handeln im Zusammenhang mit der Versammlung beobachten, dabei bei der Versammlung eingesetzte Polizeibeamte oftmals filmen und die Filmaufnahmen in den Social Networks publizieren, frage ich die Staatsregierung, ob sie Kenntnis darüber hat, dass in Bayern bei öffentlichen Versammlungen und insbesondere unter freiem Himmel sogenannte Demonstrationsbeobachter teilnehmen, wie ist der rechtliche Status solcher Beobachter innerhalb des Versammlungsgeschehens und welche versammlungsrechtlichen oder polizeirechtlichen Maßnahmen können zulässigerweise gegen solche Personen ergriffen werden?

Bernhard Roos
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie waren die Arbeitsteilung bzw. Geschäftsbeziehungen zwischen Offshore-Dienstleister, BayernLB bzw. BayernLB-Tochter LBLux und den Inhabern der Briefkastenfirmen organisiert, welche Aufgaben bzw. Dienstleistungen erbrachte dabei die Bayern LB bzw. die Bayern-LB-Tochter LBLux?

Georg Rosenthal
(SPD)

Angesichts der Tatsache, dass der Grundwasserstand des Brunnens im Bereich der Gemeinde Estenfeld/Mühlhausen im Jahr 2015 um über 5 m abgesenkt worden ist, frage ich die Staatsregierung, welche Landwirtschaftsunternehmen diesen Brunnen zur Bewässerung ihrer landschaftlichen Flächen nutzen und welche finanziellen Mittel sie hierfür an die Gemeinde abführen?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Im Hinblick auf die Teilbegründungen zu Art. 17a Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs der Staatsregierung eines Bayerischen Integrationsgesetzes (BayIntG-E) i.V.m. der Ergänzung des Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) durch einen neuen Buchst. c, wonach sich die „Zahl der innerhalb bzw. am Ort der Unterkünfte zwischen den darin aufhaltenden Personen verübten Straftaten deutlich vergrößert“ und „die von Dritten an derartigen Einrichtungen verübten Straftaten stark zugenommen“ habe, frage ich die Staatsregierung, ob nach ihrem Dafürhalten die polizeiliche Befugnis nach Art. 13 Abs. 1 Nr. 3 PAG, wonach die Identität einer Person festgestellt werden darf, wenn sie sich an einem besonders gefährdeten Objekt oder in unmittelbarer Nähe hiervon aufhält und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass in oder an Objekten dieser Art Straftaten begangen werden sollen, durch die in diesen Objekten befindliche Personen oder diese Objekte selbst unmittelbar gefährdet sind, bisher keine zulässige Rechtsgrundlage für solche Identitätsfeststellungen in Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünften geboten hat, werden Einrichtungen der Asylbewerberunterbringung bzw. Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte bisher nicht unter dem Begriff „besonders gefährdete Objekte“ subsumiert und wenn doch, hält die Staatsregierung vor diesem Hintergrund die Ergänzung der Identitätsfeststellung nach Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 PAG durch den beabsichtigten Buchst. c für geboten?

Franz Schindler
(SPD)

Nachdem es die Staatsregierung für richtig gehalten hat, meine Anfrage zum Plenum vom 14. März 2016 (Drs. 17/10615), ob es zutrifft, dass die Bezirksregierungen angewiesen worden sind, schon jetzt (noch vor einer eventuellen Änderung des Landesentwicklungsprogramms - LEP) bei Raumordnungsverfahren die geplante neue Regelung zu Mindestabständen von Freileitungen für Stromtrassen zur Wohnbebauung zu berücksichtigen, nicht konkret zu beantworten, sondern lediglich mitzuteilen, dass die Regierungen Kenntnis von den geplanten Änderungen des LEP haben, frage ich noch einmal, ob die Regierungen angewiesen worden sind, schon jetzt bei Raumordnungsverfahren für Freileitungen von Stromtrassen die geplante neue Regelung zu berücksichtigen und falls ja, welche Auswirkungen dies ggf. auf die verschiedenen Trassenvarianten in dem anhängigen Raumordnungsverfahren für den sog. Ostbayernring hat?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder mit Behinderung werden derzeit in heilpädagogischen Tagesstätten, Heimen und sonstigen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Mittelfranken untergebracht (bitte je Einrichtung), in welchen konkreten Einrichtungen werden „freiheitsentziehende Maßnahmen“ eingesetzt und wie viele Kinder mit Behinderung waren davon in den vergangenen fünf Jahren betroffen?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Nachdem die Fortschreibung 10 + 10 des „Nuremberg Campus of Technology“ (NCT) sieht vor, dass bis 2022 zehn Lehrstühle und Professuren der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Technischen Hochschule Georg-Simon-Ohm

Nürnberg eingerichtet werden, wobei bis 2016 4+4-Lehrstühle eingerichtet sein müssten, frage ich die Staatsregierung, wie viele der acht für das Jahr 2016 angekündigten Lehrstühle und Professuren am NCT vorhanden sind, weshalb ggf. noch Einrichtungen fehlen und wann diese eingerichtet sein werden?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie lässt es sich vor dem Hintergrund der Antwort auf meine Anfrage zum Plenum „Rechtsextremisten mit Waffenschein bzw. Schusswaffen“ (siehe Drs. 17/10615) erklären, dass die angegebene Zahl der Fälle, in denen das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) die zuständigen Waffenbehörden über Rechtsextremisten informiert hat, welche über waffenrechtliche Erlaubnisse verfügen („Im Jahr 2015 hat das BayLfV in insgesamt 52 Fällen die Waffenbehörden informiert.“), von der Zahl abweicht, die der Medienberichterstattung zu diesem Thema zu entnehmen war („Alleine das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat bis Ende 2015 in insgesamt 97 Fällen die zuständigen Waffenbehörden über rechtsextremistische Betätigungen von Personen aufgeklärt, die über eine waffenrechtliche Erlaubnis verfügen.“ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-03/waffenschein-rechtsextreme-schusswaffen-behalten>), inwiefern die angekündigten Berichte der Regierungen bzw. Waffenbehörden über die waffenrechtlichen Konsequenzen in den einzelnen Fällen („Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr hat die Waffenbehörden über die Regierungen zu Jahresbeginn beauftragt, bis Ende März 2016 zu berichten, welche waffenrechtlichen Konsequenzen aus den vom BayLfV (...) übermittelten Erkenntnissen gezogen wurden bzw. werden.“) mittlerweile vorliegen und in wie vielen Fällen demnach den betroffenen Rechtsextremisten im Anschluss an die Information durch das BayLfV die Waffenscheine und die Schusswaffen durch die Waffenbehörden entzogen wurden?

Stefan Schuster
(SPD)

Im Zusammenhang mit dem Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz – BerHG) vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689), das zuletzt durch Art. 140 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, frage ich die Staatsregierung, in wie vielen Fällen im Jahr 2015 Rechtssuchende in Bayern Beratungshilfe in Anspruch genommen haben, ob es zutrifft, dass über den Beratungshilfeantrag entscheidende Amtsgerichte in Bayern vom Rechtssuchenden zunächst eine sog. Negativbescheinigung über die Inanspruchnahme anderweitiger rechtlicher Beratungsmöglichkeiten (Verbraucherzentralen, Schuldnerberatungsstellen, Beratung durch Behörden im Rahmen derer Zuständigkeit, Beratung durch Organisationen oder Vereine wie DGB Rechtsschutz GmbH oder VdK) verlangen und wenn ja, um welche Amtsgerichte in Bayern es sich handelt?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die geplante Haltung von 300 000 Masthühnern am Kapflhof bei Schwandorf, hält sie einen solchen Betrieb mit dem Leitbild einer nachhaltigen

- bäuerlichen Landwirtschaft für vereinbar und welche Initiativen ergreift sie, dass solche Betriebe in Bayern nicht zum Standard werden und bäuerliche Betriebe mit ihrer flächenangepassten Nutzung verdrängen?
- Kathrin Sonnenholzner**
(SPD) Nachdem es laut Medienberichten zunehmend Cyberattacken auf Patientendaten durch unzureichend gesicherte Medizingeräte gibt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Attacken auf bayerische Krankenhäuser sind im Bayerischen Landeskriminalamt bekannt?
- Diana Stachowitz**
(SPD) Im Hinblick auf die folgende Aussage des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in der Plenarsitzung am 7. April 2016: „Wir haben jetzt für die Sonderkommission fünf Leute bereitgestellt, die sich um alle Fragen kümmern können, die sich mit Panama beschäftigen“, frage ich die Staatsregierung, ob, wie und mit Hilfe welcher Maßnahmen sich die Sonderkommission auch mit dem Verhalten der Landesbank und ihrer Töchter in Bezug auf die Vermittlung bzw. die Verwaltung von Briefkastenfirmen befasst?
- Claudia Stamm**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie über Banken, Anlageberater und Rechtsanwälte mit Sitz in Bayern, die ihren Kunden die Anlage von Geldern im Ausland gewerblich anbieten, wie viele Anzeigen auf Verdachtsfälle nach dem Geldwäschegesetz gingen in den vergangenen Jahren bei bayerischen Behörden ein (bzw. wurden - falls bekannt - bei Bundesbehörden von in Bayern ansässigen Verpflichteten gemeldet) und führten zu Ermittlungen bzw. Anklagen, welche dieser Verdachtsfälle wurden von Bankmitarbeitern, Finanzdienstleistern, Immobilienmaklern und Versicherungsmaklern gemeldet?
- Rosi Steinberger**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, welche Sprengstoffsuchgeräte (Sniffer) werden derzeit am Flughafen München eingesetzt und gibt es nach wie vor Beschwerden über gesundheitliche Beeinträchtigungen von Mitarbeitern, die mit diesen Geräten arbeiten?
- Reinhold Strobl**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welches jährliche finanzielle Volumen hatten die Transaktionen der Briefkastenfirmen in Panama, in welchem Umfang wickelten die BayernLB bzw. die LBLux diese Transaktionen ab und welche Einnahmen erzielten die BayernLB bzw. deren Tochter aus Geschäften mit den Briefkastenfirmen?
- Dr. Simone Strohmayr**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viel Unterricht wurde im Schuljahr 2014/2015 an Bayerns Schulen nicht planmäßig erteilt, wie viel Unterricht wurde vertreten und wie viel Unterricht fiel ersatzlos aus?
- Martin Stümpfig**
(GRU) Unter Bezugnahme auf die Information des Atomkraftwerks (AKW) Gundremmingen, dass für die letzten Betriebszyklen eines AKW frische Brennelemente zur Verfügung stehen, die auf eine kurze Einsatzdauer optimiert sind, frage ich die Staatsregierung, worin sich diese Brennelemente (Zusammensetzung, Eigenschaften, etc.) von den bisher in Gundremmingen zum Einsatz gekommenen Brennelementen unterscheiden, in welchen anderen

	Reaktoren in Deutschland diese bereits zum Einsatz gekommen sind und wer diese Brennelemente herstellt bzw. hergestellt hat?
Arif Tasdelen (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, von welchen Verbänden, Organisationen u.ä. liegen ihr zum Ende der Verbandsanhörung zum Gesetzentwurf des Bayerischen Integrationsgesetzes am 6. April 2016 Stellungnahmen vor?
Ruth Waldmann (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, seit wann hatte sie welche Kenntnisse vom Offshore-Engagement der BayernLB bzw. der LBLux und ggf. weiteren Töchtern der BayernLB?
Angelika Weikert (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele der von der BayernLB bzw. von Töchtern der BayernLB verwalteten Briefkastenfirmen gehörten bzw. gehören Eigentümern mit Wohnsitz in Bayern, welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung für eine völlige Aufhebung der Anonymität der Briefkastenfirmen, die durch die Medien teilweise erfolgt ist?
Dr. Paul Wengert (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen ergeben sich für die Verwirklichung des durchgängig vierspurigen Ausbaus der Bundesstraße 12 im Ostallgäu aus der Tatsache, dass nach dem Entwurf des Bundesverkehrswegeplans nur der Abschnitt zwischen der Anschlussstelle (AS) Jengen und der AS Kaufbeuren für diese Maßnahme in den sog. Vordringlichen Bedarf aufgenommen werden soll, während der Abschnitt von der AS Kaufbeuren bis zur AS Kempten lediglich für den sog. Weiteren Bedarf vorgesehen ist, kann die Planung dennoch zeitgleich für beide Abschnitte durchgeführt werden und was beabsichtigt die Staatsregierung zu tun, um auch den Abschnitt zwischen der AS Kaufbeuren und der AS Kempten noch in den vordringlichen Bedarf zu bringen?
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, welche Kunden wurden bzw. welches Kundensegment wurde im Rahmen einer Arbeitsteilung beim Privatkundengeschäft von der BayernLB an die LBLux empfohlen und welche besonderen Produkte sowie speziellen Dienstleistungen bot die LBLux im Rahmen dieser Geschäfte an?
Margit Wild (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, in welchem Stundenumfang sind aktuell die Lehrkräfte, die zum KIBBS-Team (KIBBS – Krisen-Interventions- und Bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und -psychologen) gehören, vom Unterricht freigestellt und wo werden sie eingesetzt?
Herbert Woerlein (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, welches Volumen haben nach ihrer Kenntnis der die mittels Briefkastenfirmen hinterzogenen Steuern, die von der BayernLB bzw. von Töchtern der BayernLB verwaltet wurden, und in welchen Ländern hätten diese Steuern in welcher Höhe bezahlt werden müssen?
Isabell Zacharias (SPD)	Nachdem die Leitlinien zur Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses in Bayern vom 7. Juni 2010 den Hochschulen nahelegen, die Anwesenheitspflicht nur auf Lehrveranstaltung, bei denen eine besondere fachliche Notwendigkeit besteht, zu reduzie-

ren und der ehemalige Ministerialdirigent der Abteilung Hochschulrecht, Ulrich Hörlein, in einem Brief an die Hochschulen vom 4. April 2013 selbige bittet, die verpflichtende Anwesenheit auf solche Fälle zu beschränken, in denen das Erreichen des Qualifikationsziels unmittelbar von der Anwesenheit mehrerer Teilnehmer (Teamprojekte, Chor,...) oder der Durchführung konkreter Übungen durch jeden einzelnen Teilnehmer (Laborversuche, Praktika,...) abhängt, frage ich die Staatsregierung, wie sie die zunehmende Tendenz an den Hochschulen, die Anwesenheitspflicht als Zugangsvoraussetzung für die Prüfungsleistung der Lehrveranstaltungen zu begreifen und umzusetzen bewertet?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Schritte hat sie bislang unternommen, um zusammen mit dem Trägerverein der Auffangstation für Reptilien München eine Lösung in der Frage der Finanzierung des dringend benötigten Neubaus in Neufahrn bei Freising zu finden, wie ist das weitere Vorgehen in der Angelegenheit und welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung für die Finanzierung der neuen Räumlichkeiten der Auffangstation, auch unter dem Aspekt der Beteiligung anderer Bundesländer?